Zwischen

der Gemeinde Gauting

vertreten durch den Ersten Bürgermeister Maximilian Platzer

Bahnhofstr. 7

82131 Gauting

im Folgenden **„Gemeinde“** genannt

und dem

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV)

Zweckverband

vertreten durch den Geschäftsführer

Arnulfstraße 60, 80335 München

im Folgenden **„Planungsverband“** genannt

gemeinsam **„Beteiligte“** genannt.

wird diese

Übertragungszweckvereinbarung nach Art. 7 Abs. 2 KommZG

für folgende Aufgabe geschlossen:

Städtebauliche Voruntersuchung Stockdorf zwischen Kraillinger-, Fleckhamer- und Wanneystraße

Vorbemerkung

1. Nach § 1 Abs. 3 BauGB und Art. 57 Abs. 3 GO sind Gemeinden verpflichtet, soweit erforderlich, Bauleitpläne aufzustellen, ggfs. in kommunaler Zusammenarbeit.
2. Gemäß § 4 Abs. 4 der Verbandssatzung kann der Planungsverband mit einem Mitglied die dort genannten Aufgaben auf der Grundlage und nach Maßgabe von Zweckvereinbarungen nach Art. 7 Abs. 5 Satz 1 i. V. m. Art. 7 Abs. 2 KommZG übernehmen.
3. Die Beteiligten haben die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu beachten. Um die Ausgaben für den gemeindlichen Haushalt zu senken und eine hohe Qualität der Planung zu garantieren wird diese Zweckvereinbarung abgeschlossen.
4. Die Aufgabenübertragung stellt einen vergaberechtsfreien innerstaatlichen Organisationsakt nach Art. 4 Abs. 2 EU-Vertrag (EUV) dar.

5. Gemeinsames Ziel ist die nach Gesetz und Rechtsprechung beschleunigte und rechtmäßige Bearbeitung o. g. Aufgabe. Daher wird nachfolgende kommunale Zusammenarbeit vereinbart.

§ 1 Aufgabenübertragung

(1) Die Gemeinde **überträgt mit befreiender Wirkung** gemäß Art. 7 Abs. 2 i.V.m. Art. 1 Abs. 2 KommZG dem Planungsverband als Träger die **Aufgabe:**
Städtebauliche Voruntersuchung entsprechend Aufgabenbeschreibung in Anlage 1, (Art. 10 Abs. 1 KommZG.
(2) Befugnisse, insbesondere das Recht zur Beschlussfassung, zur Bekanntmachung, zur Auslegung und das Satzungsrecht, werden **nicht**[1] übertragen.

§ 2 Selbständige Aufgabendurchführung

(1) Der Planungsverband ist alleine und eigenständig befugt, die Erfüllung der Aufgabe zu organisieren und den diese Aufgaben betreffenden rechtlichen Rahmen zu schaffen. Die Gemeinde verliert die Hauptverantwortung für die Aufgabe und behält sich nicht die finanzielle Kontrolle über die übertragene Aufgabe vor. Die Entscheidungen des Planungsverbands unterliegen keinem gemeindlichen Zustimmungsvorbehalt. Der Planungsverband macht folglich selbständig und eigenverantwortlich von den mit der Aufgabenübertragung einhergehenden Rechten Gebrauch.
(2) Die Gemeinde besitzt mit der Kontrolle der durchgeführten Arbeiten ein gewisses Überwachungsrecht für die übertragenen Aufgaben. Dies schließt jedoch jede Einmischung in die konkreten Modalitäten der Aufgabendurchführung (z.B. hinsichtlich Ort, Zeit und Bearbeiter) aus.

§ 3 Mitwirkungspflichten

Die Gemeinde unterstützt den Planungsverband bei der Erfüllung der übertragenen Aufgaben, wirkt mit diesem vertrauensvoll zusammen und berücksichtigt dessen Interessen und Belange. Die Beteiligten sind verpflichtet, sich gegenseitig mit Personal- und Sachmittel Beistand zu leisten, insbesondere ihre Rechte aus dieser Zweckvereinbarung vorübergehend in gegenseitiger Rücksichtnahme auszuüben.

§ 4 Kostenersatz

(1) Der Kostenersatz bestimmt sich nach den durch die Verbandsversammlung beschlossenen Richtlinien in der jeweils geltenden Fassung.
(2) Die Beteiligten gehen davon aus, dass aufgrund der Aufgabenübertragung mit befreiender Wirkung keine umsatzsteuerbare und -pflichtige Lieferung oder sonstige Leistung im Sinne des Umsatzsteuerrechts vorliegt. Sollte wider Erwarten die Finanzverwaltung bestandskräftig zu einem anderen Ergebnis gelangen, so hat die Gemeinde etwaige Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe sowie Zinsen zu tragen.

§ 5 Laufzeit; Kündigung

(1) Die Zweckvereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.
(2) Die Vereinbarung kann von jedem Beteiligten zum Ende eines Kalendermonats mit einer Frist von drei Wochen gekündigt werden.

[1] Vgl. Art. 8 Abs. 1 Hs. 2 KommZG.

(3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.
(4) Jede Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 6 Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für das Schriftformerfordernis selbst.
(2) Sollte eine Bestimmung dieser Zweckvereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der Bestimmung soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Beteiligten nach Sinn und Zweck der Zweckvereinbarung vereinbart hätten, sofern sie bei Abschluss der Zweckvereinbarung oder deren späterer Änderung diesen Punkt bedacht hätten.
(3) Die Zweckvereinbarung wurde durch den Gemeinderat beschlossen. Der Vorsitzende des Planungsverbands ist nach § 14 Abs. 3 der Verbandssatzung zum Abschluss von Zweckvereinbarungen ermächtigt. Er kann diese Befugnis nach § 14 Abs. 5 der Verbandssatzung auf den Geschäftsführer übertragen.
(4) Die Zweckvereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft.
(5) Die beigefügte Aufgabenbeschreibung vom 08.09.2026 ist Teil dieser Übertragungszweckvereinbarung.

Aufgrund Beschlusses des Gemeinderats

vom ……..

Gauting, den ……..	München, den ……..
Gemeinde Gauting	PV Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München
……..	……
Maximilian Platzer Erster Bürgermeister	Marc Wißmann Geschäftsführer

Anlage 1 zur Übertragungszweckvereinbarung

Aufgabenbeschreibung vom 08.09.2026

Gemeinde Gauting

Stockdorf zwischen Kraillinger, Fleckhamer- und Wanneystraße
Städtebauliche Voruntersuchung

Hintergrund

Die Gemeinde Gauting möchte die künftige Entwicklung des Gebiets zwischen Kraillinger, Fleck-hamer- und Wanneystraße in der Ortsmitte von Stockdorf steuern und hierfür eine städtebauliche Voruntersuchung durchführen.

Für das Plangebiet soll eine zukunftsfähige städtebauliche Struktur entwickelt werden, die eine gemischte Nutzung aus Wohnen, Gewerbe und ggf. Einzelhandel sowie sozialen Einrichtungen und eine geeignete Zuordnung in Bezug auf die Nachbarschaft vorsieht. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Wie können die vorgesehenen Nutzungen verträglich angeordnet werden?
- Wie kann Erschließung für den Fuß- und Fahrverkehr geregelt werden?
- Wie könne die erforderlichen Stellplätze verträglich untergebracht werden?

Diese Rahmenbedingungen sind im Vorfeld einer möglichen formellen Bauleitplanung (Änderung des Bebauungsplans) frühzeitig zu klären und mit den beteiligten Grundstückseigentümern ab-zustimmen, um unnötige Planungsschritte zu vermieden.

Um die Ausgaben für den gemeindlichen Haushalt zu senken und eine hohe Qualität der Planung zu garantieren werden die nachfolgend beschriebenen Aufgaben dem Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) übertragen. Kommunale Befugnisse, insbesondere das Recht zur Beschlussfassung, zur Bekanntmachung, zur Auslegung und das Satzungsrecht, werden nicht übertragen.

Aufgabenbeschreibung

Pos.	Aufgabenbeschreibung	
1.	**Grundlagenermittlung** Ortsbesichtigung Zusammenstellen der vorhandenen Grundlageninformationen (vorhandene und umgebende Nutzungen, Verkehrsbelastung, Immissionsschutz) Ermittlung der Rahmenbedingungen und möglicher Restriktionen grafische Darstellung der Rahmenbedingungen in Plänen	bereits erbracht
2.	**Nutzungskonzept** Vorschlag für unterschiedliche Nutzungsoptionen in bis zu 3 Varianten Berücksichtigung von Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel sowie soziale Einrichtungen grafische Darstellung der Nutzungsvarianten Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung (Bauamt, Wirtschaftsförderung) Auswahl eines Nutzungskonzepts	bereits erbracht
3.	**Entwicklungskonzept** Erarbeitung eines städtebaulichen Konzepts auf Grundlage des Nutzungskonzepts Entwicklungsvorschlag in drei Phasen mit Berücksichtigung von • Nutzung (Nutzungsverteilung in Zuordnung zur Umgebung) • Gebäude (Baukörperanordnung, Kubaturen, Höhenentwicklung) • Erschließung (Zuwegung Fußgänger, Radfahrer, KFZ, Stellplätze) • Freiraum (Begrünung, Gliederung des Baugebietes) grafische Darstellung des städtebaulichen Konzepts in Plänen	bereits erbracht
3.1	Abstimmung mit den Grundstückseigentümern Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung	
4.	**Städtebauliches Konzept** Einarbeitung der Anregungen aus Gemeindeverwaltung und Grundstückseigentümern Ausarbeitung und Visualisierung des städtebaulichen Konzepts	
5.	**Präsentation** Vorstellung der Voruntersuchung im Bauausschuss /Gemeinderat	